



Bundesministerium für Gesundheit, 53107 Bonn

An den Vorstand des Verbandes
Psychologischer Psychotherapeutinnen und
Psychotherapeuten
Am Köllnischen Park 2
10179 Berlin

Sabine Weiss

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1070

FAX +49 (0)30 18441-1074

E-MAIL sabine.weiss@bmg.bund.de

Berlin, 5. September 2019

Sehr geehrte Frau Dr. Thünker,
sehr geehrte Frau Berwanger,
sehr geehrter Herr Nittel,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. Juli 2019 zum Thema Tabakwerbung, auf das ich gern ant-
worte.

Die Verringerung des Tabakkonsums und ein möglichst umfassender Schutz vor den Gefahren
des Passivrauchens sind vordringliche gesundheitspolitische Ziele, die von der Bundesregierung
mit aufeinander abgestimmten präventiven, gesetzlichen und strukturellen Maßnahmen ver-
folgt werden. Insbesondere Jugendliche gilt es vom Rauchen abzuhalten und ihnen den Ausstieg
aus dem Rauchen zu erleichtern. Mit einem Mix aus verhaltens- und verhältnispräventiven Maß-
nahmen haben wir bereits vielversprechende Erfolge erzielt. Bei Kindern und Jugendlichen im
Alter von 12 bis 17 Jahren haben wir seit der Jahrtausendwende eine Reduzierung der Raucher-
quote von 28 Prozent auf aktuell 7,4 Prozent erreicht. Diese erfreuliche Entwicklung sehen wir
als Ansporn, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und den positiven Trend nicht zu gefährden.
Das Thema Tabakwerbung ist dabei ein wichtiger Baustein. Deshalb gelten in Deutschland be-
reits vielfältige Werbeverbote (z. B. Werbeverbot für Tabak und nikotinhaltige elektronische Zi-
garetten in der Presse und in anderen gedruckten Veröffentlichungen; Werbeverbote in den
Diensten der Informationsgesellschaft, d.h. insbesondere im Internet, in Hörfunk und Fernsehen
etc.).

Derzeit wird im parlamentarischen Raum intensiv über eine Ausweitung der bestehenden Ta-
bakwerbeverbote diskutiert. Diese Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. In diesem Zusam-
menhang verweise ich auf die Ihnen übermittelten Antwort des federführend zuständigen Bun-
desministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf die von Ihnen angesprochene
verbandsübergreifende Resolution des Bundesverbandes Deutscher Psychologinnen und

Psychologen e.V. (BDP) von Mai 2019. Ich kann Ihnen auch mitteilen, dass das BMEL am 2. Oktober 2019 Gesprächsrunden mit Vertretern der betroffenen Wirtschaftskreise sowie Gesundheitsorganisationen über eine Ausweitung der Werbeverbote für Tabakerzeugnisse und verwandten Erzeugnisse plant.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen weitergeholfen zu haben und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Sabine Weis